

Woran krankt unser Gesundheitssystem?

Ärzte, Patienten und Politiker diskutierten in Neusäß

„Ich möchte nicht, dass die Hausärzte aussterben, wie früher die Tante-Emma-Läden oder heute die Postfilialen.“ Von diesem Patientenwunsch aus seiner Praxis berichtete der Allgemeinmediziner Dr. Thomas Brückmann bei einer Podiumsdiskussion, zu der die Neusäßer Grünen und die Landtagsabgeordneten Christine Kamm und Theresa Schopper in die Stadthalle eingeladen hatten. Zu dem Thema „Woran krankt unser Gesundheitssystem und was muss zu seiner Gesundung getan werden?“ äußerten sich außerdem der Kardiologe Dr. Peter Oldenbüttel, der Gynäkologe Raimund Wiesbeck und der Lungenfacharzt Dr. Andreas Hellmann, Mitglied der Bundesversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung.

Die schwarzrote Entscheidung für den Gesundheitsfond führt zu mehr Zentralisierung

Die Diskussionsbeiträge der Politiker und Mediziner zeigten, dass die von dem Patient geäußerte Befürchtung eines „Ärztsterbens“ auf dem Land nicht unbegründet ist. „Ein Kernproblem unseres Gesundheitssystems ist, dass jetzt alle wichtigen Entscheidungen bundesweit getroffen werden. Mit der Gesundheitsreform hat eine Entmachtung der regionalen Strukturen stattgefunden. Wir brauchen aber einen viel größeren regionalen Handlungsspielraum, wenn wir verhindern wollen, dass die Ärzte aus unserer Region verschwinden“, so Christine Kamm. Dazu sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen, Theresa Schopper „Eines unserer Ziele ist die regional eigene Verteilung von Geldern durch die kassenärztliche Vereinigung. Die Alternative hierzu wäre die Staatsmedizin, die wir nicht wollen.“ Dr. Andreas Hellmann stellte heraus, dass die jetzige Regelung der bundesweiten Verteilung von Geldern gegen die Stimmen der kassenärztlichen Vereinigung durchgesetzt wurde.

Gefahr für die Patienten: Ökonomische Ausrichtung des Gesundheitssystems

Wie tief die Einschnitte für die Honorare der Ärzte ist, berichtete der Neusäßer Kardiologe Dr. Peter Oldenbüttel „Mit dem jetzigen Leistungssystem lässt sich nicht mehr eine medizinisch und zugleich betriebswirtschaftlich vernünftige Medizin betreiben“, sagte er. Durch die neue Gesetzgebung würden langfristig die dezentralen Fachärztelepraxen aussterben und eine fachärztliche Versorgung würde nur noch zentral, in Krankenhäusern oder Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) stattfinden. Dazu Hellmann: „Das Kernproblem der MVZs sind vor allem Träger mit rein kommerziellen Zielen, wie private Kapitalgesellschaften oder Krankenkassen. Naturgemäß orientiert sich hier sowohl die medizinische Versorgung als auch die Personalpolitik an kommerziellen Interessen. Ich sehe die größte Gefahr für die Patienten in der ökonomischen Ausrichtung des Gesundheitssystems“.

Ärzte und Patienten wünschen sich gutes Vertrauensverhältnis

Für die Patienten sind nach wie vor die Faktoren wichtig, die nicht eins zu eins abgerechnet werden können, wie die Zeit für Gespräche, die freie Wahl der Arztpraxis, das Vertrauensverhältnis zum Arzt oder die Transparenz des Abrechnungssystems. Das jedenfalls ergab die nicht repräsentative, interne Umfrage in der Praxis des Diederfelder Allgemeinmediziners Dr. Brückmann. Sowohl Ärzte als auch Patienten aus dem Publikum bestätigten in ihren Diskussionsbeiträgen den Wunsch nach einem soliden Vertrauensverhältnis. „An den derzeitigen Reformen stört mich persönlich vor allem, dass durch die Verunsicherung der Patienten das Vertrauen zwischen Ärzten und Patienten massiv und nachhaltig beschädigt wird“, sagte der Gynäkologe Dr. Raimund Wiesbeck.

Stärkung der „sprechenden Medizin“

„Auf politischer Ebene bedeute dies“, so Theresa Schopper, „wir müssen die sprechende Medizin stärken, denn das ist langfristig eine sehr erfolgreiche Präventionsmaßnahme.“ Schopper gab jedoch zu bedenken, dass durch das Wettbewerbsstärkungsgesetz der Zentralismus sehr massiv gesetzlich geregelt sei und der Handlungsspielraum für Landespolitiker entsprechend gering wäre. „Es gibt keine Patenlösung, keinen Königsweg“, so Schopper. Sie sieht jedoch eine Möglichkeit der Einflussnahme in einer Bundesratsinitiative. Dort wollen sich die Grünen für die Verteilung von Geldern in regionaler Verantwortung und für die Stärkung der „sprechenden Medizin“ einsetzen.

Cynthia Matuszewski
Journalistin